

## Antworten der BayernSPD auf die Wahlprüfsteine des Bayerischen Landesfrauenrates zur Landtagswahl am 14. Oktober 2018

### **Themenkomplex 1**

#### **Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an politischen Ämtern**

Die paritätische Wählbarkeit von Frauen ist die Voraussetzung für die gerechte Vertretung und Durchsetzung der politischen Belange und Interessen aller Bürger\*innen. Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigte Gesetzgebung und keine gleichberechtigte Gesellschaft. Deshalb streben wir an, die Parität im Wahlrecht verankern. Dafür wollen wir im Bayerischen Landtag eine Enquete-Kommission einsetzen.

Seit 1988 hat die SPD eine Quotierung für alle Wahlen innerhalb der Partei und alle Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen umgesetzt. Heute gilt die Regelung, dass in Parteifunktionen und Wahllisten Männer und Frauen jeweils zu mindestens 40 Prozent vertreten sein müssen.

### **Themenkomplex 2**

#### **„Arbeitswelt 4.0“ für Frauen**

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es darum, den Wandel der Arbeitswelt sozial, gerecht und im Interesse der Beschäftigten und auch Verbraucher\*innen zu gestalten. Dafür bedarf es eines neuen Leitbilds für Arbeit: Arbeiten 4.0 soll in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern als System der guten Arbeit gestaltet und umgesetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Normalarbeitsverhältnis, also die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung mit festen Arbeitszeiten, nicht an Bedeutung verliert und andere Beschäftigungsmodelle wie Soloselbständigkeit, Leiharbeit, Werkvertragsarbeit, Clickworking und Cloudworking nicht an Bedeutung gewinnen. Die Orientierung der sozialen Sicherungssysteme traditioneller Prägung am Status der abhängigen Beschäftigung kann unter den Bedingungen von Arbeit 4.0 dazu führen, dass weniger Menschen in ausreichendem Umfang sozial abgesichert sind. Arbeits- und sozialrechtliche Regelungen müssen daher auf ein neues Fundament gestellt werden. Es geht um die Absicherung der Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege und fehlende oder unzureichende Altersvorsorge.

Unser Ziel ist es, Ergebnisse des Dialogforums „Leben und Arbeiten 4.0“ in gesetzliche Rahmenbestimmungen einfließen zu lassen. „Lebenslanges Lernen“ muss stärker in den Fokus rücken. Dies gilt auch für die Generation der Digital Natives.

Es besteht noch ein Forschungsdefizit in Bezug auf die sozialen Konsequenzen der Digitalisierung, auch in der Geschlechterforschung liegen zum Thema bisher nur wenige Studien vor. Die meisten Branchenstudien befassen sich mit traditionell männlichen Berufsbereichen der Industrie. So unterstützen wir die Forderung des Landesfrauenrates nach der Förderung von Genderstudies zu den Auswirkungen der Veränderung der Arbeitswelt speziell auf Frauen.

### **Themenkomplex 3**

#### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Die BayernSPD steht dafür, dass der Kita-Besuch komplett kostenfrei wird, denn der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Familien abhängig sein. Die Kommunen bekommen für Kita und Schulbetreuung Mittel vom Freistaat ersetzt. Wir werden den bundesweit für 2025 angekündigten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich früher erreichen und auch auf Kinder bis 14 Jahre ausdehnen.

Dazu werden wir noch 2019 im Gespräch mit Bund, Kommunen, Schulen, freien Trägern der Jugendhilfe und Elternvertreter\*innen klären, in welchem Rechtskreis (Schule oder Jugendhilfe) dieser Anspruch umgesetzt wird bzw. wie Kombinationen aussehen können. Ab 2020 erfolgt die Umsetzung. Das ist wichtig, um Familien zu entlasten, Kindern beste Startchancen zu geben und die Rahmenbedingungen für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu schaffen.

Wir setzen uns für mehr Zeit für Kinder ein und für mehr Unterstützung für Väter und Mütter. Dazu brauchen wir ein Umdenken in der Arbeitswelt, das Familien und Kindern entgegenkommt. Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf sich nicht länger nur an dem Bedarf der Arbeitgeber orientieren, sondern endlich auch an den Wünschen von Familien. Wir unterstützen Eltern, die sich Familien- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufteilen. Bis zum Erreichen einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung werden wir mit einer Familienarbeitszeit Familien dabei unterstützen, mehr Zeit füreinander zu haben und partnerschaftlich die Arbeitszeit zu reduzieren. Sie müssen das Recht haben, weniger zu arbeiten.

Deshalb wollen wir bayerische Unternehmen dabei unterstützen, familienfreundlichere Arbeitsbedingungen und Angebote für berufstätige Eltern zu schaffen. Zum Beispiel durch verlässliche Arbeitszeiten, flexible Arbeitszeitmodelle, ein Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit, den Ausbau von sozialverträglicher Telearbeit oder neue Betriebs-Kitas.

Wir wollen die Beseitigung struktureller Diskriminierungen bei Gremienbesetzungen und bei Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen in Führungspositionen. Der Öffentliche Dienst nimmt dabei eine Vorbildrolle ein. Wir werden Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe paritätisch besetzen. An den Hochschulen streben wir einen Frauenanteil von 50 Prozent der Professuren an. Mit einer Verankerung von Zielquoten bei Promotionen und Habilitationen werden wir den Frauenanteil in diesem Bereich deutlich erhöhen.

#### **Themenkomplex 4**

### **Who cares? Die bezahlte und unbezahlte Care Arbeit (Sorgearbeit) immer noch fest in Frauenhand**

Die Rahmenbedingungen für das Personal sind in der Kranken- wie in der Altenpflege denkbar schlecht. Pflegekräfte haben oft unzuverlässige Dienstzeiten, werden bei Bedarf aus dem Frei geholt, was ihr soziales Leben stark belastet. Auch die notwendige Erholungszeit ist dann nicht gewährleistet. Infolgedessen sind sie häufiger und länger krank als Beschäftigte in anderen Berufen. Während beispielsweise in der Schweiz eine Pflegefachkraft in den Krankenhäusern 5,5 Patienten zu versorgen hat, ist sie in Deutschland für fast doppelt so viele zuständig. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Pflegekräfte deutlich verbessern. Wir fordern daher eine Personalbemessung für Fachkräfte, einen gesicherten und höheren Fachkraftschlüssel durch eine pflegeorientierte Reform des DRG-Systems, einen allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag und einen gesetzlichen Anspruch von Arbeitnehmer\*innen zur Weiterbildung. Wir setzen uns für eine deutliche Anhebung der staatlichen Investitionsförderung für die Plankrankenhäuser in Bayern ein. Es darf nicht sein, dass Krankenhäuser Mittel aus den Fallpauschalen zweckentfremden (müssen), um notwendige Investitionen zu finanzieren.

Knapp jeder Zwanzigste der 40- bis 85-Jährigen pflegt einen Familienangehörigen. Für die pflegenden Angehörigen stellt das oftmals eine große Herausforderung dar – psychisch, körperlich und auch, was die Organisation angeht. Sie haben keine entsprechende Ausbildung und müssen lernen, wie Pflege funktioniert. Sie müssen ihren Alltag bewältigen – Pflege, Familie, Beruf unter einen Hut bekommen und dabei selbst gesund bleiben.

Meist sind es Frauen, die sich um die Pflege ihrer Angehörigen kümmern und deshalb gar nicht oder nur in Teilzeit arbeiten. Das führt zu sinkenden Renten und zu Altersarmut, von der ohnehin besonderes das weibliche Geschlecht betroffen ist. Wir wollen daher die Angebote zur Unterstützung im Alltag ebenso wie eine flächendeckende Beratungsstruktur ausbauen. Wir fordern steuerlich finanzierte Lohnersatzleistungen, ähnlich dem Elterngeld, um Pflegende bei der Vereinbarung von Pflege und Beruf besser zu unterstützen, und wir wollen eine bessere Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rente.